Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Montags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 5,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postzuschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin besteht man bei den Zeitungsspeditionen und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.

Fernsprecher: { Schriftleitung: Amt Lützow 3394 / Geschäftsstelle: Amt Lützow 3248

Postscheckkonto: Berlin 25433.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Maßzeile und von Mark 1,50 für die viergespaltene Nahrelkamzeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unverlangte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 55. [56. Jahrgang.] Sonntag den 25. Februar 1917. Zweite Ausgabe. [56. Jahrgang.] Nr. 55.

Berlin, den 24. Februar.

Der Krieg.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 24. Februar 1917, abends. (W. T. B.) Von keiner Front sind größere Kampfhandlungen gemeldet.

Der Wiener amtliche Bericht.

Wien, 24. Februar. Amtlich wird verlautbart: Auf allen drei Kriegsplätzen keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der uneingeschränkte U-Bootkrieg.

U-Booterfolge.

Cöln, 24. Februar. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Amsterdam: Der französische Marineminister gibt die Versenkung des Postdampfers „Athos" bekannt. Er wurde im Mittelmeer torpediert. An Bord befanden sich senegalische Schützen, die nach Frankreich gebracht werden sollten.

Anmerkung: Der Dampfer „Athos" gehörte den Messageries Maritimes und maß 12 644 Brutto-Register-Tonnen.

Amsterdam, 24. Februar. Nach englischen Blättern werden die folgenden Schiffe von Lloyds als vermißt angegeben: Dampfer „Banreaulx" (3000 t) aus London und die britischen Segler „Baltic", „Brocklesby" und „Columbia". Der norwegische Dampfer „Mauranger (1024 t) ist sehr stark überfällig, der spanische Dampfer „Josefa Raich" (2654 t) ist gesunken.

Rotterdam, 23. Februar. Auf der Börse wurde heute berichtet, daß die norwegische Bark „Falls of Afton" (1965 Br.-Reg.-To.) im Kanal von einem deutschen U-Boot zum Sinken gebracht wurde.

Rotterdam, 24. Februar. Nach einem bei der Direktion des Rotterdamschen Lloyd eingetroffenen Telegramm scheint auch der Dampfer „Menado" (5874 To.) torpediert worden zu sein. Besatzung und Passagiere wurden gerettet und auf den Scilly-Inseln gelandet. Der Dampfer treibt noch und wird nach Falmouth geschleppt.

London, 24. Februar. Lloyds meldet, daß der englische Dampfer „Grenadier" (1004 To.) versenkt wurde. Der Kapitän und 6 Mann der Besatzung wurden getötet. Der englische Dampfer „Trojan Prince" (3196 To.) wurde versenkt.

Bern, 24. Februar. „Progrès de Lyon" meldet aus Marseille, der japanische Dampfer „Hankoku Maru" sei am 21. Dezember bei Cefu (?) untergegangen; es sei wenig Hoffnung, daß von seinen 350 Fahrgästen, darunter zwei Amerikanern, jemand gerettet worden sei.

Zur Versenkung des schwedischen Dampfers „Edda".

Berlin, 24. Februar. Die Versenkung des schwedischen Dampfers „Edda", über die am 16. Februar berichtet wurde, ist, wie die Untersuchung ergeben hat, zu Unrecht erfolgt. Es ist anzunehmen, daß die Eigentümer von Schiff und Ladung für ihren Verlust schadlos gehalten werden.

Holländische Schiffe im Sperrgebiet.

Haag, 24. Februar. Der Minister des Innern hat die Nachricht von dem niederländischen Gesandten in London erhalten, daß nach einem Telegramm von den Scillyinseln die niederländischen Schiffe „Noorderdijk" (7100 t), „Zaandijk" (4189 t), „Jacatra" (5373 t), „Bandoeng" (5851 t), „Eemland" (3770 t) und „Gaasterland" (3900 t), die am 22. Februar gemeinsam von Falmouth abgefahren waren, um 5 Uhr nachmittags desselben Tages von einem deutschen Unterseeboot torpediert wurden.

Bei der Direktion der Holland-Amerika-Linie ist die Nachricht eingetroffen, daß die Besatzungen der Dampfer „Noorderdijk" und „Zaandijk" gerettet und in St. Mary auf den Scillyinseln gelandet wurden. Die Dampfer „Eemland" und „Bandoeng" treiben noch. Von den Besatzungen sind 200 Mann in Penzance gelandet worden; auch der Rest der Besatzungen dürfte in Sicherheit sein.

Ein Amerikaner an Bord des „Athos".

Washington, 23. Februar. (Reuters Bur.) Der amerikanische Konsul in Malta hat dem Staatsdepartement telegraphiert, daß der amerikanische Missionar Robert Haden aus Futschau (China) ertrunken ist, als der Dampfer „Athos" am 17. Februar ohne Warnung von einem Unterseeboot versenkt wurde.

Eine denkwürdige U-Bootdebatte im englischen Oberhause.

Sicherlich hat das englische Publikum am Mittwoch, den 14. Februar, mit Spannung die Zeitung erwartet, die den Wortlaut der U-Bootdebatte im englischen Oberhaus vom Dienstag nachmittag bringen mußte. Sehr zweifelhaft aber darf es erscheinen, ob es die erwartete Beruhigung über die Unterseebootsgefahr aus dieser Debatte hat mitnehmen können, besonders wenn einsichtige englische Leser den zugrunde liegenden Tatsachen dieser Debatte mehr Beachtung geschenkt haben als den üblichen hochtönenden Phrasen der verehrten Lords. An solchen Phrasen hat es selbstverständlich auch dieses Mal nicht gefehlt. So zum Beispiel, wenn Lord Lytton, der für die englische Admiralität sprach, erklärte: „Wir sind die eigentliche Seepolizei der ganzen Welt!" Ein merkwürdiges Wort, wenn man es der vorhergehenden Angabe aus der Rede von Lord Beresford gegenüberstellt, der erklärte, daß — trotz der englischen Seepolizei — über vier Millionen Tonnen Frachtraum seit Beginn des Krieges den Verbündeten und neutralen Ländern verloren gegangen seien.

Zu den gleichen Phrasen gehört auch die unter dauernder Versicherung, daß man alle Einzelheiten streng geheimhalten müsse, von verschiedenen Regierungsrednern abgegebene Erklärung, man habe Mittel und Wege gefunden, um der Unterseebootgefahr wirksam zu begegnen. Schon einmal ist das englische Publikum nach dieser Richtung enttäuscht worden. So mußte Lord Beresford in seiner Rede erklären: „Im August 1915 hat Lord Selborne auf einer landwirtschaftlichen Versammlung die Erklärung abgegeben, daß man der Unterseebootgefahr Herr geworden sei, aber die Zahl der Schiffe, welche damals und mehrere Wochen später versenkt wurden, zeigte, daß man der Gefahr doch nicht Herr geworden war."

Schon oft haben es die Engländer so gemacht: ist eine mit großen Versprechungen angekündigte Maßnahme mißglückt, so wird der Mißerfolg später offen zugegeben, aber dann an ihn sofort die Bemerkung geknüpft, daß nunmehr das „große Mittel" gefunden sei, um wirklich das Versprochene einzulösen. Diese Taktik scheint auch diesmal den englischen Rednern vorzuschweben. Aber auch hier verwickelte sich der Redner der Admiralität in Widersprüche. Während er einerseits „beruhigende" Andeutungen darüber machen wollte, daß man die Unterseebootgefahr meistern werde, mußte er anderseits erklären, „daß der endgültige Erfolg in dieser letzten Phase des Krieges von dem Maße abhängig würde, bis zu dem die Regierung sich die Zusammenarbeit und die Selbstaufopferung der bürgerlichen Bevölkerung würde sichern können." Wenn die englischen Regierungsvertreter wirklich der Ansicht wären, daß man die Unterseebootgefahr durch neue technische Mittel meistern könne, dann brauchten sie nicht einen so dringenden Appell an die Selbstaufopferung der englischen Bevölkerung zu richten; denn bei einer solchen Meisterung des U-Bootkrieges würde ja die Zufuhr nach wie vor nach England möglich bleiben, und eine Veränderung in der Versorgung der Bevölkerung nicht eintreten. Wenn man es aber für nötig hält, schon heute darauf zu verweisen, daß nur unter stärkster Anspannung der Opferwilligkeit der gesamten Bevölkerung die wachenden Nöte und Nahrungsmittelschwierigkeiten zu ertragen, der Endsieg Englands zu erreichen wäre, so deutet dies doch darauf hin, daß man an eine wirksame Ablenkung der Gefahr in englischen Regierungskreisen nicht mehr glaubt und sich nur noch auf die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung verläßt. Hiermit stimmt auch überein, daß ein anderer Redner in jener Debatte, Lord Curzon, davon sprach, daß England „die größte Gefahr zu überwinden habe, die dem Lande jemals seit den Napoleonischen Kriegen begegnet sei."

Wie groß diese Gefahr in Wirklichkeit für England ist, ergibt sich am allerdeutlichsten aus einer kritischen Betrachtung der von den einzelnen Rednern gegebenen Ziffern. So führte Lord Curzon aus, daß von der gesamten englischen Tonnage „75% der Handelsflotte für die Zwecke der Marine und des Heeres, sowohl Englands wie seiner Alliierten, verwandt würden, und daß die übrig bleibenden 25% der Versorgung der Zivilbedürfnisse des Landes dienten." Es würde sich unter Zugrundelegung der letzten Ziffern von Lloyds für das Jahr 1916 ergeben, daß der Zivilbevölkerung Englands für die Bestreitung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse heute nur noch ein Frachtraum von rund 3 125 000 t zur Verfügung steht. Nun hat in derselben Debatte Lord Beresford angegeben, daß in den letzten sieben Tagen (also in der Zeit vom 6. bis 13. Februar) 150 000 t Frachtraum verloren gegangen seien, von denen 105 000 t englisch waren. — Dies würde also auf den Tag 15 000 t, im Monat 450 000 t ausmachen, d. h. also annähernd 9% des verfügbaren britischen Frachtraumes. Es würde also unter Zugrundelegung dieser Ziffer für die Versorgung Englands in 6 Monaten nur noch die Hälfte des heute verfügbaren Frachtraumes vorhanden sein. Es ist auch zu bedenken, daß die Ziffer für England noch ungünstiger würde, wenn man, wie es Lord Lytton in seiner Rede tut, von den Schiffen über 1600 t ausgeht, welche im ganzen einen Tonnengehalt von 16 Millionen, also für die Zivilbevölkerung nur einen solchen von 4 Millionen repräsentieren, eine Ziffer, welche man um so eher in die Berechnung einstellen kann, als die Durchschnittsgröße der von uns versenkten Handelsschiffe sicher zwischen 1500 und 2000 t pro Schiff bewegen dürfte.

Charakteristisch war endlich an der Debatte die häufige Einflechtung von Bemerkungen wie: „Wenn wir nur kühl bleiben und uns auf die Marine verlassen" (Lord Curzon) oder: wenn die Regierung dem Volke nun vernünftig mitteile, welche Opfer noch zu bringen seien, „so würde keine Panik entstehen". Dergleichen Bemerkungen zeigen doch, daß es in den Gemütern der englischen Minister und der ersten parlamentarischen Redner nicht so ruhig aussieht, wie man es nach außen hin scheinen lassen möchte. Von den schönen Reden wird jedenfalls das „Kühlbleiben" des englischen Volkes nicht abhängen; die Tatsachen werden bald eine andere Sprache reden wie die Herren des englischen Oberhauses.

Die Schwierigkeiten in England.

Rotterdam, 22. Februar. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Das Unterhaus war gestern dicht besetzt, und Lloyd George wurde freundlich empfangen. Seine Rede, die 1½ Stunden dauerte, fand wiederholt lauten Beifall. Nach dem Premierminister sprach der Unionist Mason. Er sagte, die Zahl der abgefahrenen und angekommenen Schiffe gäbe keinen Anlaß zu gesetzgeberischen Panikmaßregeln und zu einer so drastischen Einmengung in die englische Einfuhr. Da Asquith nicht bei Stimme war, sprach an seiner Stelle Runciman. Er sagte, man sei sich des Mangels an Schiffsraum nur langsam bewußt geworden. Bei Menschen dächten mehr an die Gewinne der Reeder. Die Beschränkung der Papiervorräte werde für alle wenig kapitalkräftigen Zeitungsunternehmungen einen völlig sicheren Untergang bedeuten. Die Regierung sollte die Aufstapelung von Papier durch eine oder zwei große Unternehmungen verhindern und für eine gerechte Verteilung Sorge tragen. Runciman fuhr fort, daß die von Lord Devonport festgesetzten Rationierungen vielfach nicht beachtet würden. Wenn das Land den Verbrauch nicht einschränke, werde großer Mangel eintreten, ehe die neue Ernte eingebracht sei, und die Bevölkerung werde sich schließlich einer viel weiter gehenden zwangsmäßigen Rationierung zu unterwerfen haben. Die Maßregeln der Regierung zur Beschränkung der nicht durchaus notwendigen Einfuhr halte er für gerechtfertigt. Die Regierung sollte auch in den Häfen und bei den Eisenbahnen ausreichend Leute einstellen, um eine raschere Verteilung der Waren zu ermöglichen und die Schiffe rascher zu löschen. Runciman warnte davor, der Landwirtschaft zu viel Arbeitskräfte zu entziehen. Sie seien notwendig und könnten nicht durch ungeschulte Kräfte ersetzt werden. Prothero müsse dieselbe Machtbefugnis haben wie seinerzeit Lloyd George als Munitionsminister. Wenn die Landwirte 5 Millionen Quarters Weizen mehr produzieren können, so würde er ihnen nicht nur gern 60 Schilling pro Quarter garantieren, sondern auch 70.

Christiania, 24. Februar. Der militärische Mitarbeiter von „Morgenbladet" bespricht Artikel Bartleits in der „Times" und Frasers in der Daily Mail über den Ernst der Lage auf dem Kriegsschauplatz sowie zur See infolge des U-Bootkrieges. Er kommt zu dem Ergebnis, daß man also nicht nur in den neutralen Ländern Schwierigkeiten habe, die Kriegslage so optimistisch anzusehen, wie General Haig, sondern daß auch in England selbst erfahrene Fachleute sie mit beträchtlichem Mißtrauen ansähen.

Frankreichs Wirtschaftsnöte.

In einem Privatbrief, den ein in Frankreich lebender Belgier Ende Januar einem holländischen Bekannten schrieb, werden über Frankreichs Wirtschaftsnöte folgende Mitteilungen gemacht:

„Das Leben in Paris gestaltet sich von Tag zu Tag schwieriger, selbst sehr wohlhabende Leute können sich keine Heizmaterialien mehr verschaffen, und in vielen Familien geht man daher schon um 6 Uhr abends zu Bett. Besonders fühlbar macht sich der Mangel an Pferden und Fuhrwerken, letzteres auch auf dem Lande und in den Provinzstädten, da die Militärbehörde alles irgendwie Brauchbare zum Dienst aushebt. England macht Schwierigkeiten, Pferde nach Frankreich zu verladen, indem es vorgibt, das nach dort gesandte Pferdematerial für die eigene Armee zu benötigen.

Ein Dutzend frische Eier kosten 12,50 Fr., ein Pfund Butter 5 bis 6 Fr., Milch 0,65 bis 0,75 Cts. das Liter, ein Paar Schuhe 100 bis 125 Fr. Eine möblierte Wohnung, die vor dem Kriege zu 150 Fr. zu haben war, wird heute mit 370 Fr. vermietet, und selbst diese Preise hroben noch weiter in die Höhe zu gehen.

Aus Anlaß der Kohlenmangels, der neueren Lebensmittel und der Ausbeutung der mittleren Klassen der Bevölkerung haben Unruhen stattgefunden, bei denen Blut geflossen ist und es viele Verwundete gab. Man ist sehr unzufrieden mit der Regierung und den öffentlichen Verwaltungen, welche andauernd Absätze und Besserungen zusagen, während sich in Wahrheit die Lage täglich verschlimmert."

Frankreich vor einer Hungersnot.

Bern, 24. Februar. Nach den Lyoner Blättern hat die französische Kammer gestern die Interpellation der Deputierten Tacaut Durand und Brun wegen Verzögerung der Entlassung der Ackerbauer der Jahresklassen 88/80 aus der Front und beiden Jahresklassen entlassen worden, aber ihre Entlassung für unbedingt notwendig, da Frankreich vor einer Hungersnot stehe. Unterstaatssekretär Besnard erklärte, aus dem Heeresgebiet seien bisher 800 Ackerbauer der beiden Jahresklassen entlassen worden, aber ihre Entlassung durch die Ersatztruppen könne nicht schneller gehen. (Zwischenrufe: Ganz wie bei den Kohlen!) Die Militärbehörden hätten dabei große technische Schwierigkeiten, jedoch würden demnächst viele Ackerbauer freigegeben werden. Tacaud und Raffins Dugens bedauerten, daß die Regierung sich keinen Gehorsam verschaffen könne; ihre Anordnungen in dieser Sache würden von den Militärbehörden oft nur im Maßstabe 1:100 befolgt. Der Unterstaatssekretär für Munition, Thomas, erklärte, die geforderte Entlassung der Ackerbauer aus den Kriegswerkstätten zum 1. März sei unannehmbar; sie seien für die stark vermehrte Herstellung chemischer Produkte besonders ausgebildet worden und z. B. durch Kolonialarbeiter nicht ersetzbar. Die Regierung erklärte durch Besnard, sie könne nur die Tagesordnung Tacaud annehmen, welche die Entlassung aller Ackerbauer auf den 10. März festsetze. Diese Tagesordnung wurde mit 360 gegen 114 Stimmen abgelehnt und eine andere, nach welcher die Regierung die Ackerbauer von 1888/89 aus der Front vor dem 1. März, aus den Werkstätten vor dem 10. März entlassen soll, mit 426 gegen 2 Stimmen angenommen und weiter beschlossen, daß die Entlassenen nicht erst in die Depots zurückgeschickt werden sollen.

Die Getreidevorräte Italiens.

Bern, 23. Februar. Nach einem im „Corriere delle Puglie" veröffentlichten Rundschreiben des Provinzialschulrates von Bari reichen die Getreidevorräte Italiens nicht einmal bis zum Juni. Der allgemeine Kohlenmangel macht sich, weiteren Meldungen zufolge, sogar bereits in den italienischen Munitionsfabriken fühlbar.

Erhöhung der Sätze für Seeversicherung.

Lugano, 23. Februar. Die Sätze für Seeversicherung wurden von den italienischen Gesellschaften auf 7% erhöht; von der Regierung wurde die Erlaubnis gegeben, sie nötigenfalls zu überschreiten. Vor dem Kriege betrugen die Sätze 2%.

Rohstoffmangel und Kohlennot in Norwegen.

Christiania, 24. Februar. Die Zeitung „Verdensgang" meldet von den großen Schwierigkeiten, für die norwegischen Fabriken Rohstoffe zu bekommen, nicht nur wegen der deutschen U-Bootsperre, sondern vor allem infolge der englischen Handelsblockade; diese werde immer schärfer, sodaß norwegische Fabrikanten gekaufte und bezahlte große Vorräte in englischen Häfen liegen hätten, deren Freigabe die englischen Behörden verweigerten. Zufolge Mitteilungen an Bergener Einfuhrhändler hat Amerika die Eisenausfuhr gesperrt. Wegen der immer ernster werdenden Folgen der Kohlennot bereitet die Stadtverwaltung von Christiania die Massenspeisung in Volksküchen vor, wobei mit 100 000 Notleidenden gerechnet wird. „Tidenstegn" verantschlagt die Anzahl Arbeitsloser in Norwegen infolge Betriebseinstellung zahlreicher Fabriken wegen Kohlenmangels auf bereits über 2000.

Christianta, 24. Februar. Die Hoffnung, Schiffsraum für die Kohlenzufuhr aus England zu beschaffen, ist „Morgenbladet" zufolge zunichte geworden, da auf die Aufforderung der staatlichen Frachtzentrale an die Reeder bisher nur 7 bis 8 Schiffe angemeldet worden seien, von denen einige überhaupt erst nach Beendigung ihrer Pflichtreisen verfügbar würden. Das Blatt „Socialdemokraten" bezeichnet eine mögliche Einfuhr genügend großer Kohlenmengen aus Amerika wegen der hohen Frachten als unrentabel, eine solche aus England wegen des gefahrvollen Transports infolge der U-Boottätigkeit als unsicher.

Die begrenzten Zufuhren nach Dänemark.

Kopenhagen, 24. Februar. Infolge der wachsenden Schwierigkeiten für die Aufrechterhaltung der Zufuhren nach Dänemark errichteten die Großhändlervereinigung und der Industrierat, die bisher die Kontrolle über die bestehenden Handelsabkommen mit den kriegführenden Mächten ausübten, einen gemeinsamen Ausschuß für Handel, Industrie, Landwirtschaft und Schiffahrt, dessen Aufgabe es ist, die begrenzten Zufuhren in einer für das Land zweckentsprechenden Weise auszunutzen, teilweise unter Mitwirkung der Regierung.

Der Tauchbootkrieg und die Salonikiexpedition.

Sofia, 23. Februar. „Echo de Bulgarie" schreibt:

„Durch den Tauchbootkrieg tritt der abenteuerliche Charakter der Salonikier Ententeexpedition deutlich hervor. Nach allen bisherigen Mißerfolgen Sarrails wird die Lage seiner Truppen um so ungünstiger, als sie aus dem ausgelegenen Majedonien keine Lebensmittel beziehen können und bloß auf den Seeweg angewiesen sind. Anstatt einen Machtfaktor zu bilden, wird die Armee Sarrails für die Regierungen der Entente zu einer Quelle neuer Verlegenheiten. Zu einer ernsteren Aktion unfähig, wird die Armee Sarrails, wenn es den Tauchbooten gelingt, sie von ihren Basis gänzlich abzuschneiden, dem sicheren Untergang geweiht sein. Die neuere Bewegung der Ententediplomatie in Athen scheint bereits die Bangkeit zu verraten, die sich Briands, des berühmten Urhebers der Balkanexpedition, bemächtigt hat. Jedenfalls hat der Tauchbootkrieg der Armee Sarrails einen schweren Schlag versetzt, indem er die von der Entente ersehnte Einheit der Fronten zerstört hat."

Die Tätigkeit der schwedischen Kriegsversicherungskommission.

Stockholm, 24. Februar (Meldung des Svenska Telegrambyran.) In der zweiten Kammer des Reichstags interpellierte Baron Adelswaerd (liberal) den Staatsminister über die Tätigkeit der Kriegsversicherungs-Kommission nach der Erweiterung des deutschen U-Bootkrieges, da die Kommission seit dem 1. Februar die Versicherung von Schiffen mit nach Frankreich und England bestimmten Ladungen verweigerte. Der Staatsministererklärte hierzu:

„Die Kommission wußte eine abwartende Haltung einnehmen, bis es möglich war, die Größe des Risikos zu berechnen, zumal da sie kein Recht hatte, ohne Ermächtigung des Reichstags die Prämien zu erhöhen. Die Kommission hatte trotzdem eine große Zahl nach dem 6. Februar eingereichter Versicherungsgesuche bewilligt, besonders mit Rücksicht auf die Einfuhr von Waren von vitaler Bedeutung für das Land, wie Lebensmittel und Steinkohle. Es wurde alles Mögliche getan, um die Versicherungen auch für die Fahrt durch die Gefahrzone zu bewilligen. Inbezug auf Weine und andere Luxusartikel wurde strenger verfahren. Neue Versicherungen für die Fahrt von England wurden indessen in mehreren Fällen bewilligt. Fast alle in ausländischen Häfen liegenden nach Schweden bestimmten Schiffe sind schon im voraus für die Rückreise versichert."

Der Staatsminister zog einen Vergleich mit den Maßnahmen anderer Länder in der Versicherungsfrage. Die Andeutung des Interpellanten, daß die Regierung durch ihre Verhalten in der Versicherungsfrage größere Rücksicht gegenüber dem einen als dem anderen Kriegführenden gezeigt habe, verdiene keine Beachtung. Es sei klar, daß die Regierung nur auf die Interessen Schwedens und der schwedischen Seeleute Rücksicht genommen habe. Adelswaerd erklärte, die Versicherungspolitik der Kommission habe auf die äußere Politik Schwedens üblen Einfluß gehabt und die Verständigung mit Großbritannien erschwert. Lindman, der Führer der Konservativen, hob hervor, daß die deutsche U-Bootsblockade von der schwedischen Regierung nicht anerkannt worden sei. Aber man müsse sich den Tatsachen unterwerfen und Menschenleben schonen. Die Kommission führe keine äußere Politik, sondern Versicherungspolitik. Der Führer der Sozialisten Branting sagte, daß die Regierung gegen den rücksichtslosen U-Bootkrieg protestiert, gleichzeitig aber dafür gesorgt habe, daß ein Staatsorgan tatsächlich die Blockade anerkannt habe, daß dies schwedische Schiffahrt in Gebiet dieser Blockade Schwierigkeiten hätte, sich aufrechterzuhalten. Niemand wolle die Seeleute in diese Gefahrenzone hinauszwingen, man habe aber ein Recht zu fordern, daß die Regierung nicht direkt hindernde Maßregeln ergreife, die Blockade zu unterstützen. Man habe erwidert, daß Menschenleben natürlicherweise nicht gewagt werden sollten wegen der Einfuhr von Luxusartikeln, aber die Tätigkeit der Kommission könne zur Folge haben, daß Schweden weder Luxusartikel noch Lebensmittel erhalte. Dies Benehmen gefährde die ganze Volkswirtschaft und Industrie und stehe in schreiendem Widerspruch mit der Gesetzgebung, die der Reichstag zu Anfang dieses Monats zur Ausdehnung der Versicherungen geschaffen habe. Sowohl Schweden wie auch Dänemark und Norwegen müßten zeigen, daß der Wille in ihnen herrsche, die Verbindungen nach dem Westen aufrechtzuerhalten. Der Staatsminister beantwortete die Kritik der äußeren Politik der Regierung, indem er erklärte, daß Schwedens Absichten und Neutralität viel mehr im eigenen Lande als im Auslande angegriffen würden. Der Finanzminister meinte, die Kommission habe in Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Reichstags und der Ermächtigung der Regierung gehandelt. Lindman führte aus, den wahren Interessen der schwedischen Industrie wäre eine kurze Pause in der Schiffahrt weniger schädlich, als der Verlust des koltbaren, schwer zu ersetzenden Schiffsraums. Hildebrand (Konservativ) erklärte, daß die Kommission die Sache ausschließlich vom versicherungstechnischen Gesichtspunkte aus betrachte und alles getan habe, um die Verbindungen zu entwickeln.

Amerika.

New York, 24. Februar. (Reutermeldung.) Der Gemeinderat von New York hat beschlossen, vom Staat eine gesetzliche Regelung der Lebensmittelversorgung für die ärmeren Klassen der Bevölkerung zu verlangen. Die Stadt wünscht ermächtigt zu werden, Lebensmittel anzukaufen und zum Selbstkostenpreis weiter zu verkaufen. Außerdem wird eine Untersuchung vorlangt. Die Regierung in Washington hat bereits eine Untersuchung nach den Ursachen der Unruhen in den verschiedenen amerikanischen Städten angeordnet.

Washington, 23. Februar. (Reutermeldung.) Das Staatsdepartement teilt den Empfang der neuen britischen „Order in Council" mit und erklärt, daß sie nicht zur Grundlage eines amtlichen Schrittes der amerikanischen Regierung gemacht werden wird.

Türkische Erfolge in Mesopotamien.

Konstantinopel, 23. Februar. Der Berichterstatter der Agentur Milli in Mesopotamien teilt mit: Südlich von Kut-el-Amara ist es den Engländern nach ihrer letzten Niederlage nicht möglich, ihren gewagten Vorstoß zu erneuern. Im Laufe der Schlacht vom 17. Februar vor unseren Fellahsiedlungen wurde eine bis in unsere Gräben vorgedrungene Brigade farbiger Engländer vernichtet. Die wiedereroberten Gräben waren mit Leichen von Engländern angefüllt. Nach Aussagen Gefangener und Mitteilungen aus